



FDP | 19.02.2020 - 16:15

Anti-Hatespeech-Gesetz gefährdet Bürgerrechte



Das Kabinett beschäftigt sich mit dem Entwurf des Gesetzes "zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität". Das Maßnahmenpaket sieht unter anderem vor, dass Internetprovider schwere Fälle von Hasskriminalität dem Bundeskriminalamt melden müssen. Der große Wurf im Kampf gegen Hass im Internet ist es nicht. "Die Einführung einer Meldepflicht für Anbieter sozialer Netzwerke löst das Problem von Hasskriminalität im Internet nicht", sagt [FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae](#) [1]. "Bekämpfen werden wir Hasskriminalität nur, wenn wir Recht im Digitalen durchsetzen können", [mahnt auch Ann Cathrin Riedel](#), [2] Vorsitzende von LOAD e.V. – Verein für liberale Netzpolitik. Der Regierungsentwurf sei "eine Katastrophe".

Gemeinsam mit elf weiteren Organisationen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Berufsverbänden, sowie den anderen netzpolitischen Vereinen hatte [LOAD zuvor einen Offenen Brief an die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht mit gezeichnet](#). [3]

Denn: "[Bürgerrechte](#) [4] stehen in Deutschland immer mehr unter Druck. Die beiden vorgelegten Referentenentwürfe für ein 'Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität', sowie für 'Gesetz zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes' sollten nicht ins Kabinett eingebracht werden, sondern dringend überarbeitet werden", schreiben die Liberalen zur Begründung. "Das Bundesministerium der Justiz sollte unser Verbündeter beim Schutz von Bürgerrechten sein und nicht Grundrechte wie Meinungs- und Informationsfreiheit mit seinen Gesetzentwürfen gefährden."

Das Kabinett habe die Einwände eines breiten Bündnisses aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft weitgehend ignoriert, urteilt Riedel jetzt.

Der Entwurf und dass er im Kabinett beschlossen wurde, ist eine Katastrophe. Die Kritik eines breiten Bündnisses aus Zivilgesellschaft & Wirtschaft findet sich in einem offenen Brief: <https://t.co/oj7dldbcTS> [5] illiberale Ideen lassen sich nicht mit illiberalen Mitteln bekämpfen! <https://t.co/C0z4y0nB1w> [6]

— Ann Cathrin Riedel (@anncathrin87) [February 19, 2020](#) [7]

Stephan Thomae bemängelte: "Es gibt nicht zu wenige Anzeigen, sondern einen Mangel an Verurteilungen, die deutlich machen würden, dass die Gesellschaft bestimmte Äußerungen nicht duldet." Er sieht vielmehr die Gefahr, dass die zusätzlichen Anzeigen die Staatsanwaltschaften zum Kentern bringen würden, weil diese wegen des Legalitätsprinzips ermitteln müssen. "Besser wäre es, die [Ermittlungsbehörden finanziell und personell zu stärken](#) [8], um diesen so die Möglichkeit zu geben, Hasskriminalität effektiv zu bekämpfen, und der Bekämpfung von Hasskriminalität endlich Priorität einzuräumen."

[Ann Cathrin Riedel](#) [9] schimpft: "Illiberale Ideen können nicht mit illiberalen Mitteln bekämpft werden. Eine Evaluation des NetzDG steht noch aus und die Vorhaben schwächen neben unseren Bürgerrechten auch die IT-Sicherheit Deutschlands", [schreibt sie in ihrem Newsletter](#). [2]

Kritik unseres offenen Briefs und Stellungnahmen u.a. vom [@Anwaltverein](#) [10] und [@AmadeuAntonio](#) [11] ignoriert – BM Lambrecht WILL offenbar illiberale Ideen mit illiberalen Mitteln bekämpfen! Es ist unerträglich, dass solche Vorhaben nun auch ausm [@BMJV_Bund](#) [12] kommen! <https://t.co/4JMg9aNo2f> [13]

— Ann Cathrin Riedel (@anncathrin87) [February 19, 2020](#) [14]

Brauchen Neustart im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz

Nach Ansicht der Freien Demokraten birgt der Entwurf die Gefahr, Blaupause für die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Internet zu werden. "Lambrecht wird immer mehr selbst zur Gefahr für Bürgerrechte, anstatt die benötigten Lösungen im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz anzubieten", [rügt der digitalpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Manuel Höferlin, gegenüber heise-online](#): [15] Die "Meldepflicht" sei ein trojanisches Pferd für die Meinungsfreiheit. Damit werde eine Verdachtsdatenbank beim BKA aufgebaut, in der Inhalte und zugehörige IP-Adressen gespeichert werden. Anbieter sozialer Medien sollten mit diesem Dammbuch nicht nur als Hilfssheriffs erhalten, "sondern werden zur ausgelagerten Rechtsabteilung der Justiz".

Dass die Ministerin an ihren Plänen zu einer Herausgabepflicht für verschlüsselte Passwörter festhält, spricht laut Höferlin "für ihre Hilflosigkeit". Er plädierte für "einen Neustart" im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz "mit einem klugen Regulierungsmix". Das NetzDG sei dafür nicht nötig. Betroffene Bürger müssten in die Lage versetzt werden, "auch selbst gegen Beleidigungen, Drohungen und Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Netz vorgehen zu können".

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/anti-hatespeech-gesetz-gefaehrdet-buergerrechte>

Links

[1] <https://sthomae.abgeordnete.fdpbt.de/> [2] <https://www.getrevue.co/profile/anncathrin/issues/warum-d-u-buergerrechte-brauchst-desinformationen-verbreitet-und-konservative-und-liberale-teile-der-losung-sein-muessen-issue-45-226077> [3] <https://www.load-ev.de/2020/02/12/load-unterstuetzt-offenen-brief-an->

[bmjv-zum-schutz-von-buergerrechten/ \[4\]](#) <https://www.fdp.de/thema/b%C3%BCrgerrechte> [5]
<https://t.co/oj7dldbcTS> [6] <https://t.co/C0z4y0nB1w> [7]
https://twitter.com/anncathrin87/status/1230119575670415360?ref_src=twsrc%5Etfw [8]
<https://www.fdpbt.de/pressemitteilung/114957> [9] <https://anncathrinriedel.de/#about> [10]
https://twitter.com/Anwaltverein?ref_src=twsrc%5Etfw [11]
https://twitter.com/AmadeuAntonio?ref_src=twsrc%5Etfw [12]
https://twitter.com/BMJV_Bund?ref_src=twsrc%5Etfw [13] <https://t.co/4JMg9aNo2f> [14]
https://twitter.com/anncathrin87/status/123003532722777024?ref_src=twsrc%5Etfw [15] <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Gesetz-gegen-Hass-im-Netz-Vorratsdatenspeicherung-durch-die-Hintertuer-4664556.html>